

**KLAUSURPAPIER**

---

**BAYERN DIGITAL:  
FREI, GERECHT,  
SICHER UND  
NACHHALTIG**

---

Positionspapier zur Fraktionsklausur  
am 11. Januar 2018

# BAYERN DIGITAL: FREI, GERECHT, SICHER UND NACHHALTIG

---

1 Die Digitalisierung geht uns alle an. Sie durchdringt alle Lebensbereiche: Die Schule, die  
2 Arbeit, unsere Kommunikation, unsere Konsumgewohnheiten, die Verfügbarkeit wichtiger  
3 Infrastruktur, sie beeinflusst die Ernährung, unsere Fortbewegung und macht selbst vor dem  
4 Tod nicht halt, wie die immer wichtiger werdende Frage nach dem Umgang mit dem digitalen  
5 Vermächtnis zeigt. Es geht dabei nicht nur um Äußerlichkeiten, sondern um Identität. Neben  
6 die Persönlichkeit in der realen Welt tritt ein virtuelles Ich, das mittlerweile viel zu wichtig  
7 ist, um es zu ignorieren. Denn was in den sozialen Netzwerken über uns zu finden ist, welche

8 **”**

9 ***Für uns Grüne ist klar:  
10 Es gilt der Primat der Politik***  
11  
12  
13

Spuren wir im Datennetz hinterlassen, kann darüber entscheiden, ob wir den begehrten  
Job bekommen, welche Raten wir für die Versicherung bezahlen oder wie die Partner\*innenwahl funktioniert.

14 Diese Entwicklung fordert unsere politischen,  
15 sozialen, kulturellen und rechtlichen Institutionen heraus, die für die analoge Industriegesell-  
16 schaft geschaffen wurden. Wie muss der demokratische Rechtsstaat konstituiert, die soziale  
17 und kulturelle Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger und die Verantwortung für kommende  
18 Generationen und andere Regionen der Welt organisiert sein, dass sie auch unter den Bedin-  
19 gungen einer digitalen Welt das Fundament unseres Zusammenlebens sind?  
20

21 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und die Risiken minimieren. Unser Ziel  
22 ist es, dass die Digitalisierung zu mehr Lebensqualität für alle führt. Dieses Ziel erreichen  
23 wir nicht, wenn wir der technologischen und ökonomischen Entwicklung einfach ihren Lauf  
24 lassen. Der Markt bringt Angebot und Nachfrage zusammen. Für Selbstbestimmung, Freiheit  
25 und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen, ist dagegen eine originär politische Aufga-  
26 be. Wir erreichen das Ziel aber auch nicht, wenn wir den neuen Technologien unbesehen das  
27 bestehende Regelwerk überstülpen und damit Innovation und Kreativität ersticken. Stattdes-  
28 sen brauchen wir eine breite politische Debatte und klare Entscheidungen über die richtigen  
29 Regeln für die digitale Gesellschaft. Technologische Innovationen können sich schnell durch-  
30 setzen. Neue Regeln bedürfen dagegen der demokratischen Willensbildung und benötigen  
31 Zeit, um alle einzubeziehen und Kompromisse zu finden. Das ist manchmal langwierig und  
32 mühsam, aber im demokratischen Rechtsstaat der einzige legitime Weg. Für uns Grüne ist klar:  
33 Es gilt der Primat der Politik. Wir wollen, dass die nötige Debatte in der Gesellschaft und die  
34 Entscheidungen in den politischen Gremien auf der Grundlage von Aufklärung und Informa-  
35 tion, nicht auf der Basis von Angst erfolgen. Daraus ergibt sich ein Handlungsauftrag an Staat  
36 und Gesellschaft.  
37  
38  
39  
40  
41

42 **Infrastruktur ist Daseinsvorsorge:**  
43 **Glasfaser für alle, fairen Wettbewerb sicherstellen**

44

45 Flächendeckender Zugang zu schnellem Internet und leistungsfähigen Mobilfunknetzen ist  
46 Grundvoraussetzung sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes als  
47 auch für die digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger.

48

49 In großen Teilen des Landes gibt es keinen Zugang zum schnellen Datennetz. Viel zu lange  
50 haben Bundesregierung und CSU-Regierung in Bayern darauf gesetzt, das vorhandene Kup-  
51 fernetz auszubauen. Die damit erzielbaren Übertragungsgeschwindigkeiten sind bereits heute  
52 kaum wettbewerbsfähig. Wenn die Anforderungen in den kommenden Jahren weiter steigen,  
53 wächst damit auch der technologische Rückstand auf den internationalen Stand der Technik.  
54 Während in weiten Teilen Europas und Asiens Gigabit-Internet Standard ist, dümpelt das Bay-  
55 erische Förderprogramm bei geförderten 50 Mbit vor sich hin. Wir Grüne fordern stattdessen  
56 den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes in jedes Gebäude. Nur so bleibt unsere  
57 Infrastruktur auch morgen noch konkurrenzfähig.

58

59 Gleichzeitig brauchen wir einen schnellen Ausbau von LTE auch in ländlichen Gebieten, in  
60 denen das mobile Internet bisher eher spärlich gesät ist. Alle Regionen in Bayern müssen vom  
61 Ausbau der Netze profitieren.

62 Gebührenfreien Zugang zum Internet möchten wir wo immer möglich anbieten, z.B. durch Be-  
63 reitstellung von freiem WLAN in öffentlichen Einrichtungen und auf öffentlichen Plätzen und  
64 im öffentlichen Personennah- und Fernverkehr. Dabei werden wir nicht nur auf staatliche In-  
65 vestitionen setzen, sondern auch bürgerschaftliche Initiativen wie z.B. Freifunkvereine fördern  
66 und steuerlich entlasten, beispielsweise durch Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit.

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

” **Die Netzneutralität ist unverzichtbarer Bestandteil einer wirksamen Wettbewerbspolitik**

Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und neue Regeln für fairen Wettbewerb etablieren. Für alle Anbieter\*innen und Nutzer\*innen digitaler Angebote wollen wir einen diskriminierungsfreien Zugang sicherstellen. Geschäftsmodelle, die bestimmten Anbieter\*innen eine bevorzugte Behandlung beim Datentransport

anbieten, lehnen wir ab. Die Netzneutralität ist unverzichtbarer Bestandteil einer wirksamen Wettbewerbspolitik. Wie auf den traditionellen Güter- und Dienstleistungsmärkten verhindern Monopole und Kartelle den freien Wettbewerb. Sie sind innovationsfeindlich und benachteiligen die Verbraucher\*innen. Mit nationalem Recht alleine wird es jedoch nicht gelingen, für fairen Wettbewerb in der digitalen Ökonomie zu sorgen. Wirksame Wettbewerbspolitik muss deshalb bei der Europäischen Union angesiedelt sein. Auch die Entflechtung von monopolartigen Konzernen darf dabei kein Tabu sein.

83

84

85

86

## 87 Für informationelle Selbstbestimmung und freie und sichere Datennetze

88

89 Selbstbestimmung, Sicherheit und Vertrauen sind das Fundament für eine zivilisierte digitale  
90 Gesellschaft. Wenn über das digitale Ich und die eigene Identität in der digitalen Welt nicht  
91 mehr frei bestimmt werden kann, scheitert die Digitalisierung als Treiber gesellschaftlichen  
92 Fortschritts.

93

94 Das betrifft vor allem den Kernbereich der digitalen Gesellschaft: Die Erhebung, Verknüpfung  
95 und Verwendung von Daten. Wie Erdöl für die fossile Wirtschaft sind Daten für die digitale  
96 Ökonomie der Grundstoff des Wirtschaftens. Das Prinzip lautet dabei meist: „Zugang im Aus-  
97 tausch für persönliche Daten“. Egal ob Informationen, soziale Kontakte oder Erwerb von Gü-  
98 tern und Dienstleistungen über das Netz und seine Plattformen: Wir zahlen mit Daten über  
99 uns, unsere Vorlieben, Meinungen, Wünsche und Einstellungen. Oft genug merken wir gar  
100 nicht, dass Daten erhoben oder übertragen werden. Wir wissen nicht, welche Algorithmen ver-  
101 wendet werden, um sie zu verknüpfen. Problematisch wird es dann, wenn für den Ratenkredit  
102 ein höherer Zinssatz fällig wird, weil in unserer Nachbarschaft weniger zahlungskräftige Men-  
103 schen wohnen oder Versicherungen mit vermeintlich günstigeren Tarifen locken, wenn dafür  
104 über Apps oder Fitnessarmbänder hochsensible Biodaten übertragen werden. Das Internet der  
105 Dinge – oft mit Geräten ohne hinreichende Datenschutzerklärung – und moderne Smartpho-  
106 nes mit einer Vielzahl an Sensoren stellen den Datenschutz vor ganz neue Herausforderungen,  
107 denn selbst für Expert\*innen ist kaum mehr nachvollziehbar wie die Datenströme verlaufen.  
108 Der Grundsatz der informierten Einwilligung bei der Verwendung persönlicher Daten wird  
109 täglich millionenfach unterlaufen.

110

111 Die Datensouveränität, also das Recht und die Möglichkeit, über die eigenen Daten und de-  
112 ren Verwendung zu bestimmen, sollte deshalb gleichwertig neben die Unverletzlichkeit der  
113 Wohnung, das Brief- und Fernmeldegeheimnis treten. Die 2018 in Kraft tretende europäische  
114 Datenschutzgrundverordnung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu freiem und siche-  
115 ren Datenverkehr und zum Schutz der privaten Daten. Nun hängt es an Bund und Ländern,  
116 den fortschrittlichen Geist der EU-Datenschutzgrundverordnung auch tatsächlich umzusetzen,  
117 anstatt durch Untätigkeit zu blockieren. Dazu brauchen wir in Bayern eine schlagkräftige  
118 Datenschutzbehörde, die Datenschutz im privaten und im staatlichen Bereich bündelt und  
119 deutlich aufgestockt wird, um ihre Prüf-,  
120 Aufsichts- und Beratungspflicht tatsäch-  
121 lich wahrnehmen zu können.

122

123 Jeder und jede sollte selbst über seine  
124 Daten bestimmen können. Das umfasst  
125 auch die Datensicherheit, also den Schutz  
126 vor Datenklau, Cyberkriminalität oder

127 auch die Sicherheit persönlicher Daten, die über das Cloud-Computing von Dritten verwaltet  
128 werden. Cybercrime sagen wir den Kampf an. Immer neue Hacking-Angriffe auf Kraftwerke,  
129 Unternehmen, Parlamente und private Nutzer\*innen zeigen: Die Sicherheit im Digitalen geht  
130 uns alle an. Auch für ein freies und sicheres Netz steht der Staat in einer Schutzverantwor-  
131 tung. Hier dürfen Unternehmen und Verbraucher\*innen nicht alleine gelassen werden. Die

”

***Jeder und jede sollte selbst über  
seine Daten bestimmen können***

132 IT-Sicherheit muss verstärkt werden, insbesondere zum Schutz kritischer Infrastruktur. Nötig  
133 ist eine Meldepflicht bei Angriffen auf kritische Versorgungsleistungen, wie etwa im Gesund-  
134 heitsbereich oder auf staatliche und politische Institutionen. Die Bekämpfung der Internet-  
135 und Computerkriminalität werden wir intensivieren und mehr Expert\*innen aus der freien  
136 Wirtschaft einstellen und sie falls nötig verstärkt außertariflich bezahlen.

137

138 Sicherheitsbehörden sammeln Informationen, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang  
139 mit der Gefahrenabwehr oder Verbrechensbekämpfung stehen. Als erstes Landesamt für  
140 Verfassungsschutz überhaupt darf der Bayerische Verfassungsschutz auf die Daten aus der  
141 Vorratsdatenspeicherung zurückgreifen. Die Vorratsdatenspeicherung ist ein anlassloses Sam-  
142 meln von Daten aller Bürger\*innen und damit ein unverhältnismäßiger, massiver Eingriff in  
143 die Grundrechte. Der Verfassungsschutz darf auch Online-Durchsuchungen durchführen, d.h.  
144 Computer heimlich ausspähen, was in dieser Form höchst bedenklich ist. Wir wollen einen  
145 zielgerichtete Gefahrenabwehr durch unsere Sicherheitsbehörden und keine anlasslose Mas-  
146 senüberwachung.

147

148

### 149 **Hass und Desinformation im Netz wirksam entgegentreten**

150

151 Hass, Hetze und Falschmeldungen, die sich online verbreiten, sind ein wachsendes Problem  
152 für das gesellschaftliche Klima. Dort, wo Hasspostings strafrechtlich relevant sind, sind so-  
153 wohl die Strafverfolgungsbehörden als auch die Anbieter\*innen der sozialen Netzwerke in der  
154 Pflicht. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen technisch und personell so ausge-  
155 stattet sein, dass Volksverhetzung oder Mordaufrufe geahndet werden. Die Betreiber\*innen der  
156 Plattformen sind in der Pflicht, offensichtlich strafrechtswidrige Inhalte umgehend zu löschen.  
157 Der respektvolle Umgang miteinander muss Teil der Alltagskultur im Netz sein. Darauf hin-  
158 zuwirken, ist in unserem Verständnis auch Teil des öffentlichen Bildungsauftrags – schulisch  
159 und außerschulisch. Social Bots können zur Generierung und Aufbereitung von Informationen  
160 durchaus hilfreich sein. Problematisch wird es dann, wenn als Fakeaccounts getarnte Bots zum  
161 Instrument der Meinungs- und Stimmungsmache werden. Deshalb müssen Social Bots ge-  
162 kennzeichnet werden.

163

164 Wir wollen eine personell gut ausgestattete Polizei und Justiz, denn das Internet ist kein  
165 rechtsfreier Raum. Zur besseren Ausstattung gehören die einschlägige Weiterbildung der Be-  
166 schäftigten in Polizei und Justiz sowie eine virtuelle Polizeiwache, bei der auch online Strafan-  
167 zeigen gestellt werden können. Zusammen mit der konsequenten Anwendung des geltenden  
168 Rechts wäre dies ein wichtiger Schritt, um Hate-Speech im Netz wirksam entgegen zu treten.

169

170

### 171 **Lebenslanges Lernen als Schlüssel zu digitaler Souveränität begreifen**

172

173 Digitalisierung schafft Chancen. Alle sollen die Möglichkeit haben, sie zu nutzen. Unser Leit-  
174 bild dafür sind nicht die konsumfreudigen User, sondern die digitalen Bürger\*innen. Zugangs-  
175 hürden, egal welcher Art, müssen deshalb so niedrig wie möglich sein. Wir wollen die Teilhabe  
176 an der digitalen Gesellschaft auch denen ermöglichen, deren Voraussetzungen nicht so gut

177 sind, wie Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern oder Menschen mit Einschränkungen. Zu-  
178 gang zum Internet zu haben und dieses zu nutzen, heißt noch lange nicht damit auch selbst-  
179 bestimmt umgehen zu können. Der Umgang mit digitalen Medien ist eine Kulturtechnik, die  
180 erlernt werden muss wie Lesen, Schreiben oder Rechnen. Lebenslange (Weiter-)bildung von  
181 den KiTas über Schulen, Hochschulen  
182 bis zur Erwachsenen- und Seniorenbil-  
183 dung ist der Schlüssel dafür.



184 ***Das Wissen und die Fähigkeiten,  
185 die in der digitalen Welt nötig sind,  
186 wollen wir bündeln***  
187

Damit unsere Schulen und Bildungs-  
einrichtungen Kinder und Jugendliche  
gut auf die digitale Gesellschaft vorbe-  
reiten, brauchen sie erstmal schnelle

189 Datenleitungen und eine zeitgemäße Ausstattung mit Hardware. An jeder Schule muss es  
190 IT-Fachleute geben, die dafür sorgen, dass die technische Infrastruktur auch funktioniert. Dass  
191 dies wie bislang von einer Lehrkraft nebenbei gemacht wird, ist kein haltbarer Zustand. Aber  
192 es geht uns nicht nur um die technische Ausstattung. Vielmehr muss die Vermittlung von di-  
193 gitaler Kompetenz integraler Bestandteil des Unterrichts werden. Wie lerne ich zu unterschei-  
194 den, welche Fakten richtig sind und welche falsch? Welche Quellen sind vertrauenswürdig?  
195 Wie wehrt man sich gegen Cybermobbing der Mitschüler\*innen? Wie bewege ich mich verant-  
196 wortungsvoll in den sozialen Netzwerken? Welche Rolle spielen Algorithmen und auf welchen  
197 Prinzipien bauen sie auf? Das Wissen und die Fähigkeiten, die in der digitalen Welt nötig sind,  
198 wollen wir bündeln und ein Fach Digitalkunde an allen bayerischen Schultypen einführen.  
199 Neben Informatik, Künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen geht es in diesem neuen  
200 Fach vor allem um Medienkompetenz. Dafür muss die Ausbildung der Lehrkräfte dem digita-  
201 len Zeitalter angepasst werden. Wir wollen, dass die Chancen, die der Gebrauch neuer digitaler  
202 Medien bietet, optimal für die Lehr- und Lernprozesse genutzt werden, gerade auch im Sinne  
203 einer besseren individuellen Förderung der Schüler\*innen und selbstbestimmten Lernens.

204

205

## 206 **Rechtzeitig die Weichen stellen für Gute Arbeit 4.0**

207

208 Die langfristigen Folgen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt lassen sich nicht seriös ab-  
209 schätzen. Sicher ist aber: Die Digitalisierung führt bereits jetzt zu einem tiefgreifenden Wan-  
210 del unserer Arbeitswelt.

211

212 Die digitale Arbeitswelt macht eine andere Organisation der Arbeit möglich. Acht Stunden  
213 Arbeit am Tag, 40 Stunden Arbeit in der Woche – dieses Arbeitszeitmodell wird künftig weiter  
214 an Bedeutung verlieren. Durch die Möglichkeit, zeit- und ortsungebunden arbeiten zu können,  
215 bieten sich mehr Möglichkeiten für Familie, Pflege, Ehrenamt oder den eigenen Interessen  
216 nachzugehen. Dabei stellt sich aber gleichzeitig die Frage nach den Arbeitsbedingungen. Per-  
217 manente Verfügbarkeit und fehlende Ruhezeiten sind für einen Teil der Beschäftigten bereits  
218 heute ein Problem. Mehr Flexibilisierung darf nicht heißen immer verfügbar zu sein.

219

220 Gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern  
221 werden wir den Weg zur Guten Arbeit 4.0 ebnen. Negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

222 wollen wir frühzeitig erkennen und durch Förderung den Arbeitnehmer\*innen Sicherheit ge-  
223 ben, in einer sich rasant wandelnden Arbeitswelt sich auf neue Herausforderungen bestmög-  
224 lich einstellen zu können. Mit einem Weiterbildungsgesetz, bei dem Arbeitnehmer\*innen fünf  
225 Tage im Jahr Bildungsfreistellung erhalten können, setzen wir die Weichen für die Förderung  
226 lebenslangen Lernens. Darüberhinaus braucht es eine „lebensbegleitende Beratung für Be-  
227 schäftigte“ statt der einmaligen Berufsberatung zum Start ins Berufsleben. Gleichzeitig setzen  
228 wir uns dafür ein, dass unter dem Deckmantel der Digitalisierung keine weitere Aushöhlung  
229 von Arbeitnehmer\*innenrechten und Arbeitsschutzstandards geschieht. Formen vernetzten,  
230 mobilen Arbeitens wie freie Mitarbeit, Projektbörsen, Arbeiten und Wettbewerb in der Cloud  
231 dürfen nicht zur Entstehung eines digitalen Prekariats führen. Dazu brauchen wir strengere  
232 Regelungen zur Eindämmung von Scheinselbständigkeit und prekären Beschäftigungsverhält-  
233 nissen sowie faire Vergabekriterien bei Werkverträgen und Bieterverfahren der öffentlichen  
234 Hand.

235

236 In der digitalen Ökonomie ist nicht mehr in erster Linie gefragt, Vorhandenes zu perfektionie-  
237 ren, sondern Neues zu entwickeln. Anstatt Fachwissen wird überfachliche und methodische  
238 Kompetenz immer wichtiger. Unsicherheit auszuhalten und Fehler zu akzeptieren gehören  
239 auch dazu. Wer Ideen hat und etwas ausprobiert, verdient Ermutigung. Und wer dabei schei-  
240 tert, keine Häme, sondern Anerkennung für den Mut, es versucht zu haben. Zu einer neuen  
241 Gründer\*innenkultur gehört es im digitalen Zeitalter eben auch, den Mut zu honorieren, nicht  
242 nur den Erfolg. Wirtschaftsförderung muss unter diesen Maßgaben besonders auch für Star-  
243 tups und jene kleinen und mittleren Unternehmen, die die Digitalisierung und innovative  
244 Geschäftsmodelle vorantreiben, bereitgestellt werden. Wir legen dabei einen Schwerpunkt  
245 der Förderung auf die Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Wir werden bayernweite  
246 Plattformen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen initiieren und den Austausch  
247 zwischen Forschung, digitalen Pionier\*innen und der Zivilgesellschaft stärken.

248

249

## 250 **Intelligente Vernetzung für eine bessere Mobilität und Ressourceneffizienz**

251

252 Die Digitalisierung und die intelligente Nutzung von Informationen bieten Chancen für mehr  
253 Nachhaltigkeit und ökologischen Fortschritt. Insbesondere bei der Mobilität und bei der  
254 Energieversorgung können wir Produkte und Prozesse effizienter machen und so Ressourcen  
255 schonen und Schadstoffe vermeiden.

256

257 Bei der Neuerfindung der Mobilität hilft die Digitalisierung enorm: Wir wollen den öffentli-  
258 chen Verkehr attraktiver machen und die verschiedenen Verkehrsträger besser vernetzen, so  
259 dass die Grenzen zwischen ÖPNV und motorisiertem Individualverkehr in urbanen Gebieten  
260 durch die digitale Verkehrssteuerung verschwinden werden. Bei beiden Zielen bringen uns  
261 digitale Technologien voran, weil sie für mehr Kund\*innenfreundlichkeit sorgen.  
262 Beim autonomen Fahren setzen wir klare technische, rechtliche und ethische Rahmenbedin-  
263 gungen, insbesondere dem Thema Datenübertragung.

264

265 Die Digitalisierung bietet die Chance, die Energiewende hin zu sicheren und sauberen Ener-  
266 gien zu beschleunigen. Intelligente Messsysteme und Netze helfen bei der Integration der

267 Erneuerbaren Energien in das Stromnetz. Die dezentrale Erzeugung, Speicherung und Nutzung  
268 von Energie kann gesteuert und aufeinander abgestimmt werden. Das erhöht die Effizienz  
269 und vermeidet die Verschwendung von Energie. Mithilfe digitaler Technologie können wir die  
270 Bereiche Strom, Mobilität und Wärme besser miteinander verknüpfen und den Energiever-  
271 brauch optimieren. Auch hier gilt die Datensparsamkeit als Maxime, die Vernetzung der Daten  
272 muss genau geregelt werden und transparent sein. Mit den gewonnenen Daten muss verantwor-  
273 tungsvoll und im Sinne des Datenschutzes umgegangen und Gefährdungen müssen minimiert  
274 werden.

275  
276 Dies gilt auch für die Herstellung und Nut-  
277 zung der Informationstechnologie selbst. Wir  
278 machen die IT-Branche zur Green IT-Branche,  
279 wir werden sie deshalb Schritt für Schritt auf  
280 die Basis einer konsequent betriebenen Ener-  
281 gie- und Ressourcenwende stellen.

”  
***Die dezentrale Erzeugung,  
Speicherung und Nutzung von  
Energie kann gesteuert und  
aufeinander abgestimmt werden***

282  
283

## 284 **Besseren Service durch Digitale Verwaltung bieten**

285

286 Die Chancen der Digitalisierung für das Verhältnis der Bürger\*innen zu Staat und öffentli-  
287 cher Verwaltung sind groß und bleiben besonders in Bayern weitgehend ungenutzt. EGovern-  
288 nment-Dienstleistungen wollen wir ausbauen: „digital by default“ sollte die Leitlinie einer  
289 bürger\*innenfreundlichen Verwaltung in Bayern sein. Technische Lösungen alleine reichen  
290 dafür nicht aus, das Bayern-Portal des Freistaats ist bisher eine digitale Brache. Um die digita-  
291 le Verwaltung zum Erfolg zu führen braucht es einen echten Kulturwandel in der Verwaltung  
292 und einen Change-Management-Prozess, der Beschäftigte, Kommunen und Dienstleistungsun-  
293 ternehmen einbindet. Damit eGovernment funktioniert, braucht es bundesweit mehr Normie-  
294 rung und einheitliche Schnittstellen, um Insellösungen abzubauen.

295

296 Mit zeitgemäßen Open-Data-Regeln und einem Bekenntnis zum Open Government werden  
297 nicht nur Bürokratie abgebaut werden und der Datenbestand der öffentlichen Hand – soweit  
298 es sich nicht um persönliche und sensible Daten handelt – für soziale, wissenschaftliche und  
299 wirtschaftliche Zwecke genutzt. Mehr Offenheit und gleiche Augenhöhe ermöglichen mehr  
300 Mitwirkung der Bürger\*innen, ihr Vertrauen in die staatlichen und öffentlichen Institutionen  
301 wird gestärkt. So wird ein zeitgemäßes Verhältnis zwischen Staat und Bürger\*innen etabliert.  
302 Dazu gehört auch, dass die Bürger\*innen nachvollziehen können, wer auf ihre Daten zugreift.  
303 Wir Grüne haben deshalb einen Entwurf für ein Bayerisches Transparenzgesetz vorgelegt, dass  
304 die Rechte der Bürger\*innen stärkt und die Daten staatlicher Stellen öffentlich zugänglich  
305 macht, sofern es sich nicht um personenbezogene Daten handelt.

306

307

308

309

310

311



## 312 **Maschinen brauchen Aufsicht**

313

314 Künstliche Intelligenz (KI) und Robotik dringen in immer mehr Lebensbereiche vor. Algorithmen treffen zunehmend Entscheidungen, die vorher von Menschen getroffen wurden. Bei den Sprachassistenten wie Alexa, Siri und Cortana oder den Internet-Suchmaschinen ist das offensichtlich. In anderen Bereichen wie in der medizinischen Diagnostik, bei Banken und Versicherungen laufen die Algorithmen eher im Hintergrund. In den Personalabteilungen großer Firmen spielt die algorithmische Entscheidungsfindung eine wachsende Rolle. Sie können auch diskriminieren und Schaden anrichten – algorithmische Entscheidungssysteme und KI sind immer nur so objektiv, wie es ihre Programmierung und ihre Lernsysteme erlauben. Wenn Entscheidungskriterien nicht mehr für uns nachvollziehbar sind, wird das zum Problem. Deshalb wollen wir einen Forschungsschwerpunkt in Bayern auf Grundlagenforschung und Technikfolgenabschätzung im digitalen Bereich setzen – nicht nur, aber besonders im Bereich der KI.

326

327

## 328 **Kompetenzen bündeln, europäisch denken: Konsequenzen für die bayerische Landespolitik**

329

330

331 Die Gestaltung der Digitalisierung kostet Geld. Die Prämisse darf aber nicht länger heißen „viel hilft viel“ nach dem berühmten Gießkannenprinzip. Nur mit einer sinnvollen, abgestimmten Strategie, klaren Verantwortlichkeiten und einer starken parlamentarischen Kontrolle werden wir den Primat der Politik bei der Gestaltung der Digitalisierung für die Bürger\*innen auch ausüben können.

336

337 Die Digitalisierung ist und bleibt dabei eine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts betrifft. Eine Bündelung der Zuständigkeiten ist jedoch unabdingbar, um Doppelstrukturen zu verhindern und sinnvoll Prioritäten und Schwerpunkte setzen zu können. Im Landtag muss ein Ausschuss für Digitalisierung eingerichtet werden, in dem die verschiedenen Aspekte der Digitalisierung und Vernetzung fachübergreifend diskutiert und entscheidende Weichen für den digitalen Wandel gestellt werden. Wir brauchen die Abstimmung aller beteiligten Ressorts im Rahmen eines Digitalisierungskabinetts wie in Schleswig-Holstein unter Federführung eines eigenen Digitalisierungsministeriums, das die strategischen Leitlinien vorgibt, die kommunale Ebenen einbindet und die nationale und internationale Abstimmung vorantreibt.

346

347 Denn eines ist klar: Die Digitalisierung als globale Herausforderung können wir nicht allein auf bayerischer Ebene gestalten. Digitale Bürger\*innenrechte, Verbraucher\*innenschutz und gute und transparente Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft lassen sich nur auf europäischer Ebene sinnvoll durchsetzen. Das häufig geforderte „Level Playing Field“, auf dem sich dies abspielen muss, kann angesichts fehlender übergeordneter weltweiter Strukturen nur die EU mit ihrem digitalen Binnenmarkt sein. Wir dürfen uns also nicht scheuen, Kompetenzen an Europa abzugeben zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger, und die notwendigen Anpassungen vor Ort nicht weiter verschleppen.

355

356

